

(Dr. Busch [GRÜNE])

- (A) che verstärkt werden sollen, welche Rolle die neuen Informations- und Kommunikationsmedien spielen, wie es mit einem wissenschaftlichen Dienst aussieht, ob dies eine Perspektive hat oder ob es andere Quellen gibt, auf die man zugreifen kann und die vielleicht kostengünstiger als ein eigener wissenschaftlicher Dienst sind.

Diese Fragen sollten jetzt nicht unter dem Druck einer anstehenden Abstimmung im Landtag stehen, sondern die sollten wir in Ruhe bis zur Sommerpause klären. Ich denke, daß wir das auch schaffen können. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Auch Ihnen, Herr Kollege Dr. Busch, vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen zu Einzelplan 01? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 01**, und zwar entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 12/801.

Wer stimmt dieser Beschlußempfehlung zu? - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Die gibt es nicht. Damit ist der Einzelplan 01 in zweiter Lesung einstimmig **angenommen.**

(Beifall bei der SPD)

Ich bedanke mich dafür sehr herzlich.

Ich rufe **Nummer 8** auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1996

Ich verweise erstens auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 12/812, 12/816 und 12/800 und zweitens auf den Änderungsantrag zu Einzelplan 20 Drucksache 12/824.

Ich **eröffne die Beratung** und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Sehr geehrter Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben bei der Beratung der zahlreichen Einzelpläne in den vergangenen Stunden und auch schon gestern viel darüber diskutiert, wo denn die laufenden Einnahmen unseres Landes am besten ausgegeben werden sollten. Wir von der CDU sind an vielen Punkten anderer Meinung gewesen, was diese Ausgaben angeht. Wir sind aber auch an einem anderen Punkt der Meinung, daß wir etwas ändern sollten. Wir sind der Meinung, daß auch das Vermögen des Landes - teilweise zumindest - an anderen Stellen besser angelegt wäre.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, Nordrhein-Westfalen muß sein Vermögen dort einsetzen, wo es am wichtigsten ist. Das Land muß sein Vermögen dort einsetzen, wo es wirklich am allernötigsten gebraucht wird. Heute dagegen liegt es teilweise gebunden in Bereichen, wo nicht unbedingt notwendigerweise Landesvermögen gebunden sein muß, wie beispielsweise beim hohen WestLB-Anteil.

(Beifall bei der CDU)

Die notwendige Vermögensmobilisation ist Grundlage für den von uns vorgeschlagenen Beteiligungsverkauf. Das Vermögen des Landes wird wesentlich mehr dort gebraucht, wo wir zusätzliche Verschuldung reduzieren können. Das Vermögen des Landes wird wesentlich nötiger dafür gebraucht, es dort zu investieren, wo auch wirklich Wichtiges angestoßen werden kann. Das ist notwendig. Wir müssen für eine noch viel bessere Allokation der Ressourcen unseres Landes sorgen.

Unser Antrag zeigt, wo das Geld besser investiert werden kann als in dem noch sehr hohen Anteil an der WestLB.

Mir kommt die Regierung ein bißchen so vor wie ein Gärtner, der in seinem Garten steht, diesen Garten bestellen will, um später darin ernten zu können, der aber zu wenig Jungpflanzen hat. Da helfen ihm die vielen Ruhebänke, die in diesem Garten stehen, auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Gärtner muß den Garten verlassen. Dieser Gärtner muß eine Bank verkaufen, um damit in Zukunft investieren zu können, um diese Pflanzen, die er dringend braucht, um die Zukunft zu bestellen, erwerben zu können.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Klein [CDU])

- (A) Genau diese Zukunftsinvestition schlagen wir vor - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Nun sagt unser Finanzminister, die WestLB wolle er nicht verkaufen, die Forderung sei zwecklos und deswegen der ganze Vorschlag schon von vornherein eine Luftbuchung. Wir müssen diesen Weg aber einschlagen und den Startschuß dafür geben. Wenn der Minister das partout nicht will, dann kommt er mir ein wenig so vor, als ob er den Schlachtruf ausgeben wolle: Keiner verläßt meinen Vorgarten!

Vielleicht ist es ja tatsächlich so, daß es sich in einem kleinen spießbürgerlichen Vorgarten ganz gut, warm und selbstzufrieden aushalten läßt; in unserem Land wächst aber zuwenig.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Wo bleibt der Gartenzwerg?)

Wir müssen etwas bewegen, und deswegen möchte ich der SPD zurufen: Kommen Sie doch aus diesem Vorgarten heraus! Den GRÜNEN möchte ich auch etwas zurufen, nämlich: Passen Sie auf, daß Sie nicht selbst am Ende als Gartenzwerg in diesem Vorgarten enden!

(Beifall bei der CDU)

- (B) Meine Damen und Herren, wir brauchen mehr Dynamik in unserem Land. Es reicht aber nicht, daß sich unsere Verschuldung dynamisch weiterentwickelt; genau das tut sie aber. Die Summen an sich - ich will sie gar nicht noch einmal nennen, sie sind uns allen bekannt - sind schon beeindruckend. Richtig beängstigend ist aber vor allen Dingen die Zahl, die zum Beispiel die Zinsquote darstellt: 9,7 % unseres Landeshaushalts muß bereits für diesen Zweck ausgegeben werden; das ist zuviel. Das mag im Vergleich zum Saarland ein noch ausgesprochen guter Wert sein, denn dort lag dieser Wert im Jahre 1994 schon bei 17,5 %. Ich denke jedoch, daß wir uns in keinem Bereich der deutschen Politik am Saarland orientieren sollten. Wir müssen uns eher an Süddeutschland ausrichten.

(Beifall bei der CDU - Minister Heinz Schleußer: Was halten Sie vom Bund? Sollen wir uns daran orientieren?)

- Der Bund hat zwar noch eine leicht höhere Quote, aber eine Quote, die wesentlich weniger dynamisch wächst. Die Landesquote ist in den letzten Jahren hingegen ganz enorm gestiegen; dies ist besonders besorgniserregend.

(Minister Heinz Schleußer: Das ist falsch!)

Das wissen Sie auch, denn das fehlende Geld ist nicht die Grundlage dieses Problems. Laurenz Meyer hat Sie gestern morgen schon beträchtlich in Bedrängnis gebracht, indem er auf die Wachstumsücke in unserem Land hingewiesen hat. 1,3 % Wachstum 1995 stellen das Schlußlicht unter den deutschen Bundesländern dar, wenn man Berlin ausnimmt.

Meine Damen und Herren, diese Wachstumsücke ist aber nicht nur ein Problem des Arbeitsmarktes. Vor dem Hintergrund unseres Finanzhaushalts wird aus dieser Wachstumsücke eine Einnahmeücke, und das ist für uns ein großes Problem.

Auch hierzu ein Vergleich mit den anderen Ländern: In den Jahren 1992 bis 1995 sind die Steuereinnahmen aller Bundesländer um 25,8 % gestiegen, die Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen allerdings leider nur um 8,1 %.

Ich denke, unser hier vorgestelltes Programm kann ein kleiner Mosaikstein sein, um Mittel zu mobilisieren, die die Grundlage für mehr Wachstum in unserem Lande ausmachen.

Wir müssen auch etwas mobilisieren, denn es reicht auf gar keinen Fall, nur etwas zu beschwören. Letzteres scheint aber der Fall zu sein, wenn man sich noch einmal das große über 14 Milliarden DM schwere Zukunftsinvestitionsprogramm "Arbeit und Umwelt" in Erinnerung ruft, von dem zeitweise im vergangenen Jahr so viel zu hören war. Davon ist erstaunlicherweise heute im Haushalt kein Wort zu lesen, es kommt überhaupt nicht mehr vor. Wo ist es geblieben?

Ich habe den Eindruck, daß uns hier ein russisches Sprichwort weiterhelfen kann, das sinngemäß heißt: Vom ständigen Herumrühren wird der Tee nicht süßer, da muß Zucker rein. - Sie rühren aber nur herum. Alte Hüte, also lang bestehende Haushaltsansätze werden mit neuen Etiketten versehen und das Ganze dann als großes Investitionsprogramm verkauft.

Die Tatsache, daß es jetzt im Haushalt überhaupt keine Rolle mehr spielt, läßt für mich die Vermutung zur Sicherheit werden, daß es sich bei diesem Programm eben nicht um ein Investitionsprogramm für die Zukunft handelt, sondern um ein PR-Programm für die Gegenwart.

An einer Stelle wird investiert, und diesbezüglich möchte ich den Haushaltsentwurf, das Haushaltsgesetz selbst, ausdrücklich loben: Wir wissen - und es ist uns in den vergangenen Tagen allen

(C)

(D)

(Klein [CDU])

- (A) deutlich geworden -, daß Flughafenbau nun wirklich kein Zuckerschlecken ist. Im § 4 Abs. 10 des Haushaltsgesetzes steht, daß die Regierung ermächtigt ist, die Erträge aus ihren Flughafenbeteiligungen wieder in Flughäfen zu investieren. Das ist sicherlich eine sinnvolle Sache, die man unterstreichen kann. Das reicht aber nicht, und ich denke, daß wir die Investitionskraft unseres Landes stärken müssen. Wir müssen die Verschuldung senken, wir müssen die Wirtschaft fördern, und wir müssen unserem Antrag zustimmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Klein. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Meyer-Schiffer.

Gisela Meyer-Schiffer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Klein, ich bin über Ihre gärtnerischen Qualitäten außerordentlich überrascht. Ich habe nur den Eindruck, daß Sie noch etwas üben müssen, denn wenn Sie Ihre besten Pflanzen verkaufen, werden Sie Ihren Garten ruinieren. Wenn Sie dann das, was Sie uns heute in Ihrem Änderungsantrag zum Wiederherstellen Ihres Gartens vorgetragen haben, einsetzen wollen, dann ist es ein Gartenzwergeprogramm. Ich würde Ihnen gern heute in einigen Worten sagen, was das für Ihren Garten bedeuten würde, wenn wir das tun und beschließen würden, was Sie uns heute in Ihrem großen Investitions- und Entschuldungsprogramm vorlegen. Vielleicht bleiben Sie insofern lieber ein bißchen Hobbygärtner.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu dem doch ernsthafteren Thema zurückkommen, obwohl der Herr Kollege selbst dieses Bild vorgegeben hat, nämlich zu dem, was uns die CDU hier vorträgt und vorlegt. Sie bezeichnet dies als ein Programm, das langfristig die Finanzen des Landes verbessern soll, das unsere Möglichkeiten, Strukturveränderungen in diesem Lande umzusetzen, verbessern soll, das aber aus meiner Sicht ein Programm der Seifenblasen ist. Ich möchte Ihnen das ganz klar - leider heute abend nicht mehr bei so viel Öffentlichkeit - sagen:

Sie kommen daher und sagen, wir sollen Beteiligungsvermögen veräußern. Für 1 Milliarde DM soll verkauft werden, und dazu fallen Ihnen ganz

alte Beispiele ein, zum Beispiel die WestLB. Ich bin nun seit 1990 im Parlament, und Sie verkaufen jedes Jahr die WestLB. Etwas neuer ist der vorgeschlagene Verkauf der Flughäfen Düsseldorf und Köln. (C)

(Minister Heinz Schlußer: Der Jäger 90!)

- Der Jäger 90 ist ein ganz wichtiges Beispiel, über den haben wir im Ausschuß diskutiert. Dies war auch eine der ganz neuen Pflanzen aus Ihrem Garten, Herr Kollege.

Das sind Punkte, mit denen ich mich nun ganz gern einen Moment auseinandersetzen möchte; denn das sind, wie der Finanzminister in der Sitzung sehr schön gesagt, Luftbuchungen oder, wie ich es einmal anders formulieren möchte, Seifenblasen. Man muß deutlich machen, daß Sie ein Programm vorlegen, mit dem Sie aus Verkaufseinnahmen Geld ausgeben wollen, bevor Sie den Verkauf überhaupt getätigt haben. Ich halte das - da würde mir jeder Kaufmann oder jede Kauffrau recht geben - in einem Maße für unseriös und zum Ruin führend,

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Herr Kollege, daß ich nicht glaube, daß Sie das ernsthaft in Politik umsetzen wollen.

Im übrigen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Opposition, sollten Sie zur Kenntnis nehmen, daß wir sicherlich bis weit über das Jahr 2000 hinaus weder die WestLB noch die Investitionsbank noch andere Töchter verkaufen werden; das wissen Sie. Das hat damit zu tun, daß die Bank mit ihren Tochtergesellschaften für uns wichtige strukturpolitische Aufgaben in diesem Land erfüllt. Ihnen ist bekannt, daß wir insofern auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktion einig sind. (D)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Stimmt das, Herr Busch?)

Sie sollten das zur Kenntnis nehmen. Es wird noch ein paar Jahre dauern. Sie können den Antrag jedes Jahr erneut stellen, werden aber akzeptieren müssen, daß wir das über Jahre nicht machen werden.

Der zweite Teil, der Verkauf der Anteile an den Flughäfen Düsseldorf und Köln, ist auch ein ganz interessanter Fall. Im Prinzip handelt es sich um einen sinnvollen Vorschlag, dem auch wir durchaus nahestehen. Der Finanzminister hat in der letzten Sitzung noch einmal deutlich gemacht, daß er die Veräußerung vorbereitet.

(Meyer-Schiffer [SPD])

- (A) Nur: Sie wissen ganz genau, daß es einer gewissen Zeit bedarf, um diese Maßnahme mit den weiteren Anteilseignern zu realisieren. Sie wissen auch, daß Schnellschüsse finanziellen Schaden nach sich ziehen können. Sie führen zu geringeren Verkaufserlösen. Aber ich denke, das interessiert Sie weniger; denn Sie haben ja auch hier wieder bereits Geld ausgegeben, das Sie noch gar nicht eingenommen haben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion, Sie werden in diesem Lande sicherlich nicht an Seriosität vor den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen, wenn Sie weiterhin in dieser Weise Haushalts- und Finanzpolitik betreiben. Ich gehe davon aus, daß Ihnen diese Vorschläge nicht abgenommen werden.

- (B) Schauen wir einmal auf den Teil des Antrags, in dem es um die Verwendung der Mittel geht: Es wird deutlich, daß Sie in den letzten Monaten eine Kursänderung vorgenommen haben. Der Kollege Schauerte hat noch in den letzten Haushaltsberatungen deutlich verkündet, daß er großen Wert darauf legt, alle Verkaufserlöse ausschließlich strukturwirksam zu investieren. Sie schlagen jetzt vor, gerade das nicht zu tun. Sie empfehlen uns in Ihrem Änderungsantrag, Geld in viele Bereiche der Landespolitik - es sind, glaube ich, acht verschiedene Bereiche - zu investieren, und zwar ohne Konzept und Struktur als allgemeine Deckungsmittel. Ich halte das für strukturell außerordentlich bedenklich, und deshalb lehnt die SPD-Fraktion das nachhaltig ab.

Natürlich wollen auch wir veräußern; darum geht es nicht. Sie wissen das aus der Ausschußdiskussion. Aber aus unserer Sicht darf jede so gewonnene Mark nur über die Sonderrücklage des Landes wieder in Projekte fließen, die ausschließlich als strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Technologieprogramm, aus dem Grundstücksfonds weiterer Finanzierung bedürfen. Nur so ist im Sinne einer Kreislaufwirtschaft eine Reinvestition garantiert. Diese Verkaufserlöse aus Privatisierungen dürfen nicht im Haushalt ohne Effekt versickern und müssen arbeitsplatzwirksam im Lande Nordrhein-Westfalen investiert werden.

Deshalb wird die SPD-Fraktion weder einer Veränderung des Haushaltsvermerks im Einzelplan 20 noch in der Landeshaushaltsordnung oder im Haushaltsgesetz zustimmen. Unsere Strukturpolitik zeichnet sich durch ganz gezielte Umsetzungen wirksamer langfristiger Konzepte zur Arbeitsplatzsicherung und zur Wirtschaftsförderung aus. Insofern, meine Damen und Herren, gehe ich da-

von aus, daß unser Garten gute, dicke Früchte tragen und mit schönen Pflanzen versehen sein wird, während Ihr Garten - so prognostiziere ich - ruiniert wird, Herr Kollege. Wir lehnen Ihren Antrag ab. - Herzlichen Dank. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Frau Meyer-Schiffer. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Busch das Wort.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Gisela Meyer-Schiffer hat mir Wesentliches vorweggenommen. Der Antrag der CDU ist durch und durch unseriös. Ich habe ein bißchen das Problem, daß Sie sich, nachdem Sie die Konkurrenz mit den GRÜNEN als Oppositionsfraktion nicht mehr haben, jetzt endgültig keine Gedanken mehr darüber machen, wie man hier eine vernünftige Oppositionspolitik betreiben kann.

Sie wollen 1 Milliarde DM aus Mitteln aufbringen, die überhaupt nicht vereinnahmt sind und sehr wahrscheinlich in diesem Haushalt auch gar nicht vereinnahmt werden können. Dieses Füllhorn von 1 Milliarde DM schütten Sie aus, und alle freuen sich. Das wirkt, wie ich glaube, in der Öffentlichkeit nicht übermäßig beeindruckend. (D)

Ich hätte wirklich gern einmal gesehen, daß Sie sich ernsthaft über Einsparvorschläge hermachen. Als wir noch Opposition waren, haben wir jedesmal einen Alternativhaushalt vorgelegt, in dem wir Punkt für Punkt, Titel für Titel nachgewiesen haben, wo wir einsparen wollen. Das waren ganz erhebliche Beträge. Das vermisste ich bei Ihnen. Wenn man ernsthaft Opposition machen will, muß man schon einmal in die Details gehen. Diese Mühe machen Sie sich nicht, und das finde ich schade, weil es ja hin und wieder passieren könnte, daß man von der Opposition sogar Anregungen bekommt. Das ist hier leider nicht der Fall.

Ganz konkret: Sie wollen Investitionen über einmalige Einnahmen aus Vermögensveräußerungen finanzieren. Sie lassen dabei völlig unbeachtet, daß Investitionen in der Regel auch zu Folgekosten führen. Sie müssen nicht nur die Investitionen, sondern auch die Folgekosten finanzieren. Dazu haben Sie keine Aussagen gemacht.

Ich glaube, daß Sie einfach den Weg des geringsten Widerstandes auch in Ihrer Fraktion gehen.

(Dr. Busch [GRÜNE])

- (A) Wenn Sie Einnahmen durch Vermögensveräußerungen bekommen, tut das natürlich niemandem weh, und keiner beschwert sich. Trotzdem kann man alle Ausgabewünsche befriedigen. Das ist einfach ein bißchen billig.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Genauso ist es!)

Ich habe für Ihre Privatisierungsvorschläge ansonsten durchaus große Sympathien. Wir haben das im Haushaltsausschuß entsprechend diskutiert, wir haben dort Vorlagen vom Finanzminister bekommen, und wir haben gesagt, daß wir diese Fragen bis zur Sommerpause vorantreiben wollen. Wir haben mit der SPD-Fraktion Übereinstimmung darin, daß wir dieses Vermögen, soweit es strukturellen Zwecken dient, nicht antasten. Wir haben Diskussionen darüber, inwieweit dies im einzelnen der Fall ist. Diese Diskussionen werden wir weiterführen. In der Tat erhoffen wir uns Entlastung durch entsprechende Vermögensveräußerungen. Aber wir werden erst vereinnahmen und dann entsprechende Ausgaben vorsehen. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

- (B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Ich danke dem Kollegen Busch und erteile dem Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Klein, es ist bereits gesagt worden, daß es - ich glaube, es ist noch häufiger, als es die Kollegin Meyer-Schiffer in Erinnerung hatte - zu Ihren jährlichen Ritual gehört, die WestLB zu verkaufen.

(Zuruf von der SPD: Alle Jahre wieder!)

Ich weiß nicht, wie viele Programme Sie damit schon finanziert haben. Damit haben Sie z. B. ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt.

(Zuruf des Franz Riscop [CDU])

Das wäre - Herr Kollege Riscop, Sie waren auch immer beteiligt - mit dieser einmaligen Geschichte dutzendfach schon verbraucht. Jetzt sind Sie wieder dabei. Sie unternehmen nicht einmal den Versuch, mit diesem Geld, das Sie dort mobilisieren könnten, strukturelle Veränderungen vorzunehmen, sondern Sie geben es schlicht und ergreifend in einem einzigen Jahr wieder aus.

(Reinhold Trinius [SPD]: So ist es!)

- Jahrzehnte zusammenhalten, Jahrzehnte aufbauen - Ihre Antwort darauf ist: Ausgeben. (C)

(Jürgen Jentsch [SPD]: Ja, so ist es!)

Wie das mit den Pflanzen ist, wie das mit den Gartenzwergen ist ---

(Zuruf von der SPD)

- Wissen Sie, ich habe nicht gerne Gartenzwerge im Vorgarten, gleichgültig, wo er ist. Also werde ich auch sie in diesem nicht für richtig halten, Herr Kollege Klein.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Mich hat ein wenig der nicht ganz so seriöse Umgang mit Zahlen geärgert, Herr Kollege Klein. Sie sagen, das Besorgniserregende in Nordrhein-Westfalen sei, daß die Schuldenstandentwicklung, die Neuverschuldung so von dem abweiche, was Sie in anderen Ländern und beim Bund feststellen. Es sei abnorm.

Ich denke, ich versorge den Haushalts- und Finanzausschuß immer mit den Unterlagen, die er braucht, um zu vernünftigen politischen Bewertungen zu kommen. Dann stelle ich fest, daß die Schuldenentwicklung beispielsweise seit 1989, Herr Kollege Klein, beim Bund um weit über 100 % gestiegen ist, bei den anderen Ländern um über 57 % und in Nordrhein-Westfalen um 22 %. Daraus abzuleiten, daß die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen eine besonders dynamische sei, das überlasse ich anderen, die das bewerten; denn der Sachverhalt ist, glaube ich, so eindeutig, daß man zu solchen Ergebnissen nicht kommen kann. (D)

Wir wissen ja, 1995 wurden in der Bundesrepublik Deutschland die Maastricht-Kriterien hinsichtlich des Jahresdefizites nicht eingehalten, ja sogar deutlich überschritten. Da gab es sofort die Anmerkung des Kollegen Waigel, daß die Länder undiszipliniert gehandelt hätten. Nun belegen die Zahlen des Bundesamtes für Statistik, daß von diesem Defizit der Bund fast 58 % verbraucht hat, Länder und Gemeinden 42 %. Und der Vorschlag des Bundes zur Aufteilung dieses Defizites, den er den Ländern und Gemeinden gemacht hat, war eine Verteilung dieser 3 % 50 zu 50. Verbraucht hat er in 1995 58 % und wirft denen, die 42 Prozent verbraucht haben, vor, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

(Minister Schleißer)

- (A) Herr Klein, Zahlen anschauen und dann bewerten!
(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon beim BIP, beim Bruttoinlandsprodukt sind - das ist hier die Größe, auf die wir uns verständigt haben, damit man sozusagen auch einen Gegenwert hat und sich nicht immer mit absoluten Zahlen totschlägt -, dann hat der Bund 1981 am Bruttoinlandsprodukt eine Verschuldensrate von 2,5 % gehabt. Das Land Nordrhein-Westfalen lag 1981 ebenfalls bei 2,5 %. 1995 lag der Bund - er hat sich deutlich verbessert, trotz seiner scharfen Steigerung der Neuverschuldung - bei 1,5 %; Nordrhein-Westfalen bei 0,8 % des in Nordrhein-Westfalen erreichten Bruttoinlandsprodukts, der in Nordrhein-Westfalens erreichten Wirtschaftsleistung. So haben wir uns verbessert.

Darum sage ich: Daß eine Opposition in vielen Einzelhaushalten andere Positionen hat, ist legitim. Das dürfen Sie auch weiter machen, solange Sie Opposition sind.

(Hans Vorpeil [SPD]: Möglichst lange noch!)

- Möglichst lange, weit über 2000 hinaus.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Wenn Sie jedoch ernst genommen werden wollen, müssen Sie zumindest von den Zahlen ausgehen, die allen zur Verfügung stehen und bitte nicht neue erfinden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Diegel.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst den Herrn Finanzminister dahin gehend beruhigen, daß die Zahlen, die Herr Klein genannt hat, amtliche Zahlen waren. Herrn Klein steht es überhaupt nicht zu und ihm fällt es auch gar nicht ein, hier irgendwelche Luftzahlen zu nennen oder sich selber Zahlen zu stricken.

Manchmal tun die Zahlen weh, Herr Finanzminister, und eine Zahl, die Ihnen bestimmt weh tut, ist die Haushaltssteigerungsrate.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Da hätten wir uns bis zu der Ergänzungsvorlage, Herr Trinius, noch um die Bandbreite möglicherweise streiten können, die Sie selber zwischen 1,3 und 2,7 % angegeben haben, je nachdem, was wir aufgrund der Umschichtungen und Ausrechnungen der Bundesleistungen hätten errechnen müssen.

In der Zwischenzeit wissen wir, daß wir durch die Ergänzungsvorlage die 3%-Grenze überschritten haben, die der Finanzplanungsrat Ihnen vorgegeben hat. Wir sind nämlich in der Zwischenzeit bei 3,7 %, vielleicht auch bei 3,8 % Haushaltssteigerungsrate. Das heißt, Herr Finanzminister: Sie halten Ihre eigenen vom Finanzplanungsrat vorgegebenen Rahmendaten nicht ein. Und das ist ein schlechtes Signal, Herr Schleißer.

(Minister Heinz Schleißer: Das wäre ein schlechtes Signal!)

Zweitens. Ich denke, wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß die Investitionsrate insbesondere durch die Ausweitung der absoluten Zahlen des Haushalts von 87 Milliarden DM auf rund 87,8 Milliarden DM zum Leidwesen des Landes sinkt.

Sie sinkt um ca. 0,2 %, und zwar zusätzlich zu den 0,1 %, die Sie ohnehin schon ausgewiesen hatten. Wenn dies - weniger Investitionen in diesem Land! - die richtige Richtung sein soll, muß ich Ihnen sagen: Herr Finanzminister, das ist der falsche Weg! Den können Sie auch nicht beschönigen.

(Beifall bei der CDU)

Nun möchte ich doch noch einmal auf das von Ihnen immer als Luftnummer "verschrieene" Programm, das wir Ihnen als Entschuldungs- und Investitionsprogramm vorgelegt haben und das sich wechselseitig mit den Vorlagen und Vorgaben, in die wir eintreten wollen, deckt, noch einmal zurückkommen. Herr Finanzminister, zunächst möchte ich feststellen: Nach wie vor sind die Anteile der WestLB nicht - wie wir das seit Jahren vorschlagen - verkauft. Nach wie vor haben Sie wesentliche Teile des Landesvermögens mit einem Veräußerungswert von ca. 4 Milliarden DM nicht angepackt.

(Manfred Böcker [SPD]: Das ist auch gut so!)

Wenn Sie und insbesondere Herr Trinius es ernst meinen

(Reinhold Trinius [SPD]: Oh ja, aber Sie meinen es nicht ernst!)

(C)

(D)

(Diegel [CDU])

- (A) mit dem, was er hier während der letzten sieben bzw. acht Jahre gesagt hat, verstehe ich nicht, warum in diesem Punkt bisher nichts angerührt worden ist. Das ist Heuchelei. Das, was Sie hier fahren, halte ich für Nullnummern.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, im Gegensatz dazu frage ich Sie: Was passiert denn mit Ihrem Programm "Arbeit und Umwelt"? - Dieses Programm wird seit einem Dreivierteljahr groß angekündigt. Seit einem Dreivierteljahr warten wir, warten die Bürger, warten die Parteien und wir hier im Landtag darauf, daß wir erkennen können, wo sich dieses Programm widerspiegelt. Herr Finanzminister, wir können dieses Programm mit keinem Kapitel, mit keinem Titel, keiner einzigen Mark in diesem Haushalt wiederfinden. Insofern halte ich Ihnen vor, daß das Luftnummern sind. Das sind typische rot-grüne Luftnummern in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Finanzminister, ich hoffe, daß Ihren Ankündigungen zu diesem Programm auch noch Taten folgen. Sicherlich muß das noch abgestimmt werden. Vielleicht geht das nach dem kommenden Wochenende leichter. Nur können wir eins bereits jetzt feststellen: Für dieses Programm - wenn es jemals beschlossen werden sollte - werden Sie keine Mark an frischem Geld zur Verfügung stellen können. Nach wie vor handelt es sich dabei um nichts anderes als eine Umbucherei. Das sind Rechentricks. Sie nehmen einen Etikettenschwindel vor

(Reinhold Trinius [SPD]: Das sind Akzentsetzungen!)

und versuchen, die Bürger zu verdummen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Nein.)

Das hat dieses Land nicht verdient. Herr Finanzminister, ich bitte Sie, gehen Sie auf unseren Antrag ein, mit einer vernünftigen Zielvorgabe wieder zu gestalten. Sie verwalten nur noch statt zu gestalten. Wir wollen Ihnen und insbesondere diesem Land Gestaltungsräume bieten. Ich denke, Sie sind mit der CDU besser beraten als mit den Vorgaben von Rot-Grün.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Kollege Diegel. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Trinius.

(C) **Reinhold Trinius (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt ja keine Haushaltsberatungen, bei denen Sie nicht jedesmal denselben Deckungsvorschlag vortragen. Wer schon länger im Landtag ist, der hat das nicht nur sechsmal, sondern bereits ein dutzendmal erlebt. Sie können das Tafelsilber nicht zwölfmal verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Sie setzen gedachte Erlöse ein, um hier irgend etwas zu decken oder die Kreditaufnahme herunterzufahren. Dazu ein paar Anmerkungen von mir: Das Hohe Haus muß wissen: Die CDU-Fraktion redet zwar vom Sparen, weitet aber das Haushaltsvolumen um 600 Millionen DM aus.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Diegel, es ist völlig unglaubwürdig, hier auf die Empfehlungen des Finanzplanungsrates hinzuweisen, wenn Sie sich überhaupt nicht daran halten. Ausweitung des Haushalts um 600 Millionen DM!

Herr Kollege Dr. Busch hat eben schon darauf hingewiesen: Sie besitzen nicht den Mut, auch nur einmal zu prüfen, wo Sie denn außer bei der Öffentlichkeitsarbeit Kürzungen vornehmen können. 9,5 Millionen DM, das ist bereits alles.

(D)

Sie prüfen nicht, wo Sie decken können. Es gelingt Ihnen nicht, auch nur eine müde Mark konsumtive Ausgaben in investive Ausgaben umzuschichten.

Zum Konzept "Arbeit und Umwelt" lassen Sie mich eine kurze Bemerkung machen: Wir wollen dieses Programm nicht mit frischem Geld fahren, aber wir wollen in vorhandenen Programmen die Akzente so setzen, daß wir Arbeit schaffen und die Umwelt verbessern.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein Beispiel: Wenn wir 3 Milliarden DM für den Wohnungsbau haben und den sozialen Wohnungsbau künftig verstärkt darauf ausrichten, daß ökologisch verträglich, sinnvoll und energiesparend gebaut wird, bedeutet dies ein Stück des Programms "Arbeit und Umwelt".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

So kann man das an vielen anderen Stellen machen.

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Kollege Trinius, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Diegel beantworten?

Reinhold Trinius (SPD): Ja, darauf bin ich gespannt.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Diegel, bitte.

Helmut Diegel (CDU): Herr Kollege Trinius, ist Ihnen beim Studium unserer 111 Anträge aufgefallen, daß sich alle 111 Anträge in sich decken?

Reinhold Trinius (SPD): Wie bitte?

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Sie kennen offensichtlich Ihre eigenen Anträge nicht, Herr Kollege Diegel. Offenbar sind diese Anträge dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU schlichtweg unbekannt geblieben. Im übrigen haben Sie die meisten Anträge - Sie haben sich dabei gar nicht wohlgeföhlt - im Galopp auf dem Wege vom Haushalts- und Finanzausschuß hier ins Plenum offensichtlich verloren. Sie haben so wenig Zutrauen zu Ihren eigenen Anträgen,

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

daß es innerhalb von drei, vier Tagen einen Vertrauensverlust der CDU in sich selbst gegeben hat, so daß von 111 Anträgen kaum ein Dutzend übriggeblieben ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun verraten Sie mir doch einmal ein Geheimnis! - Wenn Sie 1 Milliarde DM gedachter Erlöse lediglich für die Absenkung der Nettokreditemächtigung in einer Größenordnung von 400 Millionen DM verwenden, wofür benötigen Sie dann die restlichen 600 Millionen DM? - Weil alle Anträge, die Sie jetzt noch gestellt haben, ungedeckt geblieben sind

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Herr Kollege, ich rechne Ihnen das vor -, bis auf jene Anträge, bei denen Sie Umschichtungen vorgenommen haben, bleiben 600 Millionen DM ungedeckt. Deswegen wollen Sie eine Milliarde gedachte Erlöse in den Haushalt einstellen, um das decken zu können.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Reden Sie bitte nicht davon, daß Sie hier sparen wollen. Sie haben sich bei diesen Haushaltsberatungen als die gezeigt, die Sie sind - zu ängstlich, zu feige, an konsumtive Ausgaben heranzugehen, um sie in produktive oder investive Ausgaben umzuschichten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Trinius. - Herr Dr. Busch, wünschen Sie noch das Wort?

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Nein, im Interesse aller!)

- Nicht, danke. - Herr Finanzminister Schleißer, bitte schön.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich sehe, daß die Koalitionsfraktionen abstimmungsbereit und auch abstimmungsfähig sind.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber, was ich der Opposition nicht ersparen kann, muß ich eben noch sagen. Herr Kollege Diegel, Umgang mit Zahlen: Es sind ja nun nicht die Zahlen des Finanzministers, die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses an das Parlament. Da steht: Ist-Zahlen 1995: 85,8 Milliarden DM Ausgaben. Jetzt nach Abschluß aller Beratungen in allen Ausschüssen sind es 87,8 Milliarden DM Ausgaben 1996. Wer die Grundschule überstanden hat, weiß, daß das rund 2,5 % sind.

(Lothar Hegemann [CDU]: Bei Ihrer Bildungspolitik!)

- Ich rede ja nicht von der Bildungspolitik. Ich rede von den Zahlen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Da kommt eines hinzu. Dieser Finanzplanungsrat hat zusätzlich gesagt, Herr Kollege Diegel, daß der Länderfinanzausgleich und die Leistungen für die Deutsche Einheit ausgeklammert sind. Auch da sind sich alle Länder und der Bund einig.

Unsere Zahlen haben sich nicht zuletzt darum so nach oben gedrückt, weil ich in einer Ergänzungsvorlage weitere 700 Millionen DM für den Länderfinanzausgleich einbringen mußte. Das ist ja die große Summe gewesen, die das formal nach oben geschoben hat. Wir sind deutlich - wenn Sie kor-

(C)

(D)

(Minister Schleißer)

- (A) rekt nach der Formel des Finanzplanungsrates vorgehen - unter 2 %. Das ist das Entscheidende. Das sollten Sie sich merken.

Kollege Trinius hat zu "Arbeit und Umwelt" einiges gesagt. Das werden in dieser Legislaturperiode 13,1 Milliarden DM sein.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Das waren doch 14 Milliarden, Herr Finanzminister!)

- Das waren 14 Milliarden, heruntergekürzt - wir sind ja für eine solide Haushaltswirtschaft, Herr Kollege Linssen -,

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

und nicht mit frischem Geld, sondern neuer Einsatz, neue Organisation des Geldes. Nur so kommt man weiter.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Mein Gott!)

Das ist der Punkt. Das müssen Sie noch lernen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung.**

- (B) Wir **stimmen ab** zunächst über den **Einzelplan 12** des Finanzministers entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/812**. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr, das sind SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? -

(Unruhe bei der SPD)

Die CDU-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die CDU-Fraktion in zweiter Lesung **angenommen**.

(Beifall bei der SPD)

Wir **stimmen ab** über den **Einzelplan 20**, Allgemeine Finanzverwaltung. Hierbei geht es zunächst um den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/824**, Stichwort: Investitions- und Entschuldungsprogramm. Wer ist für diesen Antrag? - Die antragstellende Fraktion. Wer ist dagegen? - SPD und GRÜNE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

(C) Ich rufe dann die **Abstimmung zu Einzelplan 20** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/816** auf. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 20 in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Ich rufe die **Abstimmung zum Haushaltsgesetz 1996** auf, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/800**. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - SPD und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Damit verzeichne ich die **Annahme** in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

gegen die Stimmen der CDU.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am **Ende** unserer **Haushaltsplanberatung in zweiter Lesung**.

(D) Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich nunmehr über die Rücküberweisung des **Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1996** an den Haushalts- und Finanzausschuß **abstimmen**. Wer ist für die Rücküberweisung an den HFA? - Danke schön. Ist jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1996 in der Fassung nach der zweiten Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß **rücküberwiesen** und der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am **Ende** unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh 10.00 Uhr wieder ein und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 19.08 Uhr

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.